

5657/AB XX.GP

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Haider, Mag. Trattner und Kollegen
betreffend Werbeeinschaltungen im ORF, in privaten Rundfunkanstalten,
Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Monatsmagazinen und sonstigen
Druckschriften im Jahr 1999
(Nr. 5975/J)

Zur gegenständlichen Anfrage führe ich folgendes aus:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Grundsätzlich ist festzuhalten, daß es sich bei der Informationstätigkeit der Bundesregierung nicht um „Regierungspropaganda“, sondern um Öffentlichkeitsarbeit handelt, für die das Prinzip der umfassenden Information und des einfachen Zuganges für den interessierten Bürger gilt.

Es besteht für die Bundesregierung die Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit, welcher mit der Durchführung von Informationsinitiativen nachgekommen wird. Die Höhe der Kosten richtet sich nach den jeweils aktuellen Ereignissen, die Anlaß für die Information der Öffentlichkeit sind; letztlich ist im jeweiligen Einzelfall das Informationsbedürfnis der österreichischen Bevölkerung für die Art und den Umfang der Öffentlichkeitsarbeit entscheidend.

Zu Frage 4:

Es ist Angelegenheit jedes einzelnen Regierungsmitgliedes, für seinen Bereich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine möglichst effiziente Arbeit zu leisten, wobei jede/r Bundesminister/in um einen sparsamen Einsatz der Mittel bemüht ist.

Zu Frage 5:

Die Informations- und Aufklärungsarbeit meines Ressorts hat sich selbstverständlich auf jene Aufgaben- und Themenbereiche bezogen, für die das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales laut Bundesministeriengesetz zuständig ist. Dementsprechend erfolgte auch die Auswahl der Medien.

Zu Frage 6:

Ich verweise auf die Beantwortung der Frage 14 der parlamentarischen Anfrage Nr. 5399/J vom 16.12.1998.

Zu Frage 7:

Die zahlreichen Rückmeldungen in meinem Ressort, die starke Inanspruchnahme des Internet - Angebotes und der Hotlines sowie das Medienecho der einzelnen Kampagnen beweisen eine hohe Zielerreichung.

Zu Frage 8:

Ich verweise auf die Beantwortung der Fragen 7, 8 und 9 der parlamentarischen Anfrage Nr. 5657/J vom 21.1.1999.